

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Georg Willi, Freundinnen und Freunde

### **betreffend Umsetzung der überfälligen Valorisierung des Bundesbeitrags für die Österreich Werbung**

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht 1652 d.B. des Tourismusausschusses über den Bericht des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über die Lage der Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Österreich 2016 (III-390 d.B.)

Trotz Ankündigungen schon im SPÖ-ÖVP-Regierungsübereinkommen von 2008, das explizit die Prüfung einer Erhöhung der Mitgliedsbeiträge bei der Österreich Werbung (ÖW) vorsah, und erneut im Übereinkommen von 2013, das mit der Erwähnung einer – offenbar nicht gegebenen – „ausreichenden Finanzierung“ der Österreich Werbung in eine ähnliche Richtung formulierte, ist der jährliche Beitrag des Bundes seit 2003 betraglich unverändert. Real ist damit eine deutliche Entwertung im Umfang der Inflation seither von gut 30% erfolgt.

Die regierungspolitische Mode der letzten Jahre, statt einer Beitragserhöhung kurzfristig Sonderbudgets zu vergeben, ersetzt dies der Höhe nach keinesfalls und erschwert zudem die mittel- und längerfristige Planbarkeit. Die Sonderbudgets belegen aber zugleich, dass mehr Geld da wäre.

Währenddessen hat sich der Tourismus auch in den Krisenjahren als Stabilisator der Volkswirtschaft und Retter der Leistungsbilanz bestätigt.

Um diese Rolle abzusichern muss der im Bundeshaushalt abgebildete jährliche Mitgliedsbeitrag für das Tourismusmarketing der ÖW zumindest valorisiert, das heißt um die VPI-Veränderung der Jahre 2003-2017 (+30,13%) angehoben werden.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft wird aufgefordert, dem Nationalrat umgehend einen Gesetzesentwurf zuzuleiten, der die Anhebung des seit bald 15 Jahren unveränderten jährlichen Mitgliedsbeitrags des Bundes zur Österreich Werbung zumindest im Umfang einer Valorisierung um die seither eingetretene Inflation von 30% vorsieht.



